

## Positivere Einschätzung von Konjunktur und Staatsfinanzen

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2014). *Positivere Einschätzung von Konjunktur und Staatsfinanzen*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-458700>

### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

### **Terms of use:**

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Positivere Einschätzung von  
Konjunktur und Staatsfinanzen**

## INHALT

	Seite
OPTIMISTISCHE GRUNDSTIMMUNG .....	1
POSITIVERE EINSCHÄTZUNG DER STAATSFINANZEN .....	12
EMOTIONSLOSE HALTUNG ZU DER VISION DES GREXIT .....	21
<u>TABELLEN-TEIL</u>	
	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN .....	I
TABELLEN	Tabelle
<u>Wirtschaftliche Situation</u>	
Hoffnungen oder Befürchtungen für das Jahr 2015? .....	1
Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate .....	2
Bewertung der finanziellen Lage -	
• des Staates .....	3
• der meisten Städte und Gemeinden in Deutschland .....	4
• der eigenen Stadt/Gemeinde .....	5
Eigene wirtschaftliche Lage .....	6
<u>Arbeitsmarktsituation</u>	
Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes .....	7
Wirtschaftliche Lage des eigenen Betriebes .....	8 a,b

## Tabelle

Erwartete Geschäftsentwicklung des eigenen Betriebes auf Sicht von sechs Monaten.....	9
Einfluss der Informationstechnologie auf die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze	
• generell.....	10
• in der eigenen Branche .....	11
 <u>Staatsverschuldung und Schuldenbremse</u>	
Erfolg der Bundesregierung bei ihren Bemühungen zur Reduktion der Neuverschuldung .....	12
Ausmaß der Beunruhigung durch die Staatsverschuldung .....	13
Bereiche, in denen der Staat -	
• sparen sollte .....	14 a-d
• auf keinen Fall sparen sollte .....	15 a-d
Wird es für realistisch gehalten, dass der Bund die Vorgaben der Schuldenbremse ab 2016 einhält?.....	16
Einstellung dazu, dass die Bundesregierung so viel Wert darauf legt, dass Deutschland 2015 ohne Schulden auskommt .....	17
 <u>Euro</u>	
Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile? .....	18
Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen?.....	19
 <u>Zukunftsaussichten</u>	
Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland.....	20 a-d
Einflussfaktoren, um Deutschland eine gute Zukunft sichern zu können .....	21 a-f
Einschätzung der Zukunftsaussichten der jüngeren Generation .....	22
Bieten die Verhältnisse in Deutschland heute Anlass zur Beunruhigung?.....	23

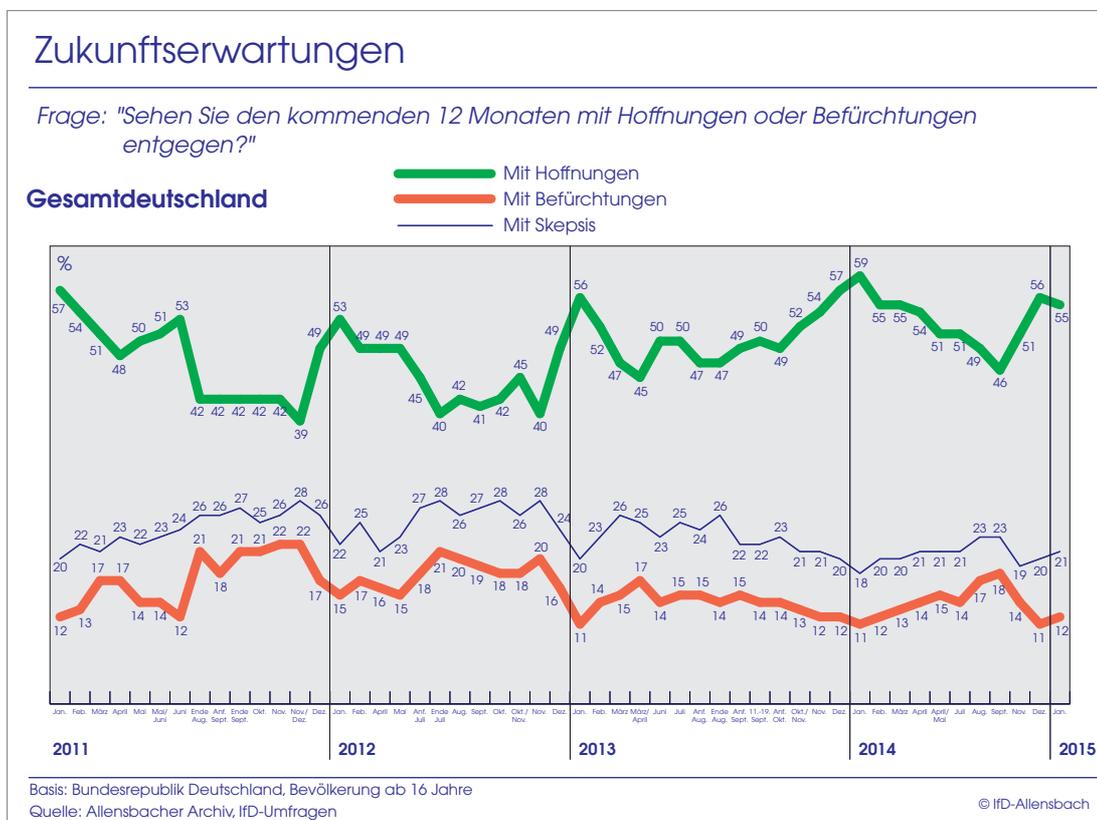
## ANHANG

Untersuchungsdaten  
Statistik der befragten Personengruppe  
Fragebogenauszug mit Anlagen

## OPTIMISTISCHE GRUNDSTIMMUNG

Die Mehrheit der Bürger ist optimistisch in dieses Jahr gestartet und erwartet, dass 2015 ein gutes Jahr wird. 55 Prozent sehen den nächsten Monaten hoffnungsvoll entgegen, lediglich 12 Prozent mit ausgesprochenen Befürchtungen. Dies entspricht weitgehend dem Stimmungsbild, dass auch Anfang 2013 und 2014 zu beobachten war.

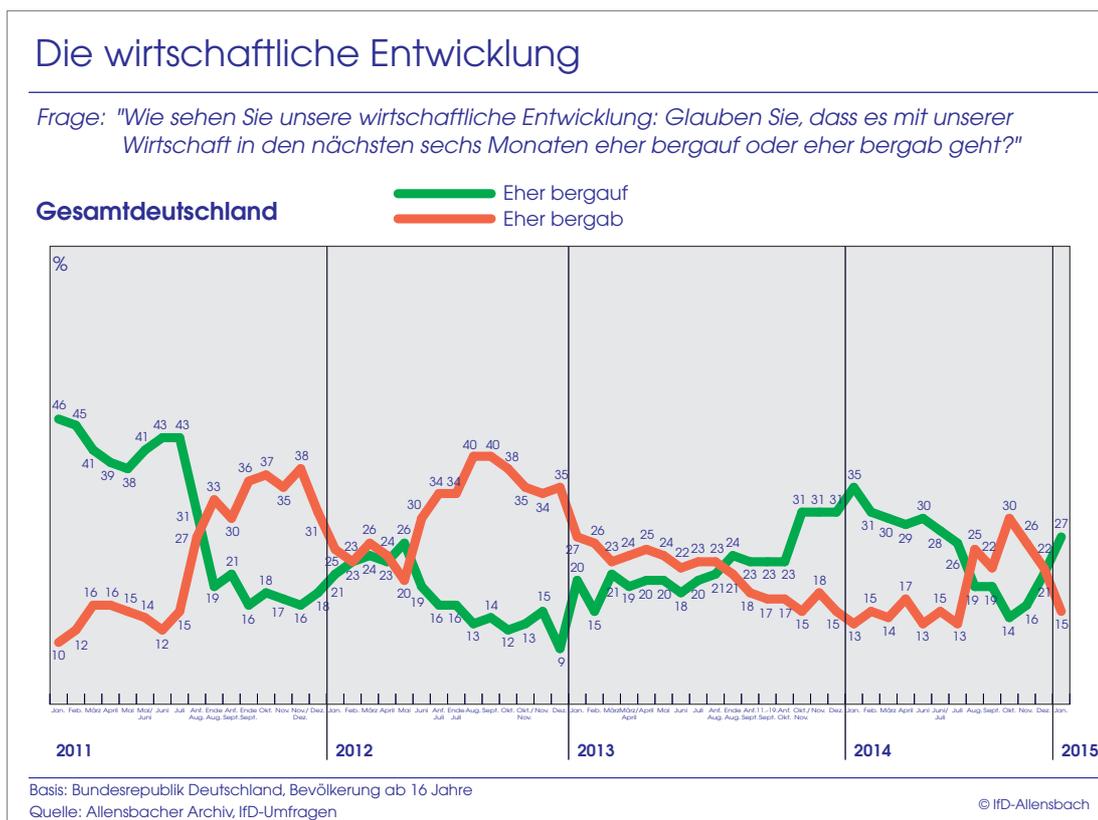
Schaubild 1



Auch in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung ist nur eine kleine Minderheit pessimistisch gestimmt. Knapp die Hälfte der Bevölkerung rechnet für die nächsten sechs Monate mit einer stabilen wirtschaftlichen Situation, 27 Prozent mit einem Aufwärtstrend und lediglich 15 Prozent mit einer schwächeren Konjunktur. Damit

haben sich die Befürchtungen, die sich zwischen dem Sommer und Herbst letzten Jahres aufgebaut hatten, wieder weitgehend zurückgebildet. Im Oktober befürchteten noch 30 Prozent der Bürger einen wirtschaftlichen Abwärtstrend, Ende des Jahres 22 Prozent, jetzt 15 Prozent.

Schaubild 2



Die persönlichen Erfahrungen stützen die entspannte Einschätzung der nächsten Monate. Zwei Drittel der Beschäftigten in der Privatwirtschaft ziehen die Bilanz, dass es ihrem Betrieb zurzeit gut oder sogar sehr gut geht. Dieser Anteil ist über die letzten Jahre kontinuierlich gestiegen. 2008 zogen 59 Prozent eine positive Bilanz der wirtschaftlichen Lage ihres Arbeitgebers, 2013 62 Prozent, jetzt 66 Prozent. Vor gut zehn Jahren war die Situation dagegen völlig anders. Damals bewerteten lediglich 38 Prozent der Erwerbstätigen die Lage ihres Betriebs als gut oder sehr gut,

dagegen 36 Prozent als mittelmäßig, 13 Prozent als sehr volatil und 11 Prozent als ausgesprochen schlecht. Heute schätzt lediglich 1 Prozent die Situation des Unternehmens ungünstig ein, 6 Prozent berichten von einem sehr schwankendem Geschäftsverlauf.

Schaubild 3

Positive Bilanz der Situation des eigenen Unternehmens				
<i>Frage: "Wie gut geht es Ihrem Betrieb zurzeit? Würden Sie sagen ..."</i>				
	2003	2008	2013	2015
	%	%	%	%
<b>"sehr gut"</b>	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>14</b>	<b>18</b>
<b>"gut"</b>	<b>30</b>	<b>47</b>	<b>48</b>	<b>48</b>
<b>"einigermaßen"</b>	<b>36</b>	<b>27</b>	<b>22</b>	<b>23</b>
<b>"sehr schwankend, mal gut, mal schlecht"</b>	<b>13</b>	<b>9</b>	<b>10</b>	<b>6</b>
<b>"eher schlecht"</b>	<b>9</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>1</b>
<b>"ganz schlecht"</b>	<b>2</b>	<b>x</b>	<b>1</b>	<b>x</b>
<b>Unentschieden, weiß nicht</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>4</b>
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

x = weniger als 0,5 Prozent

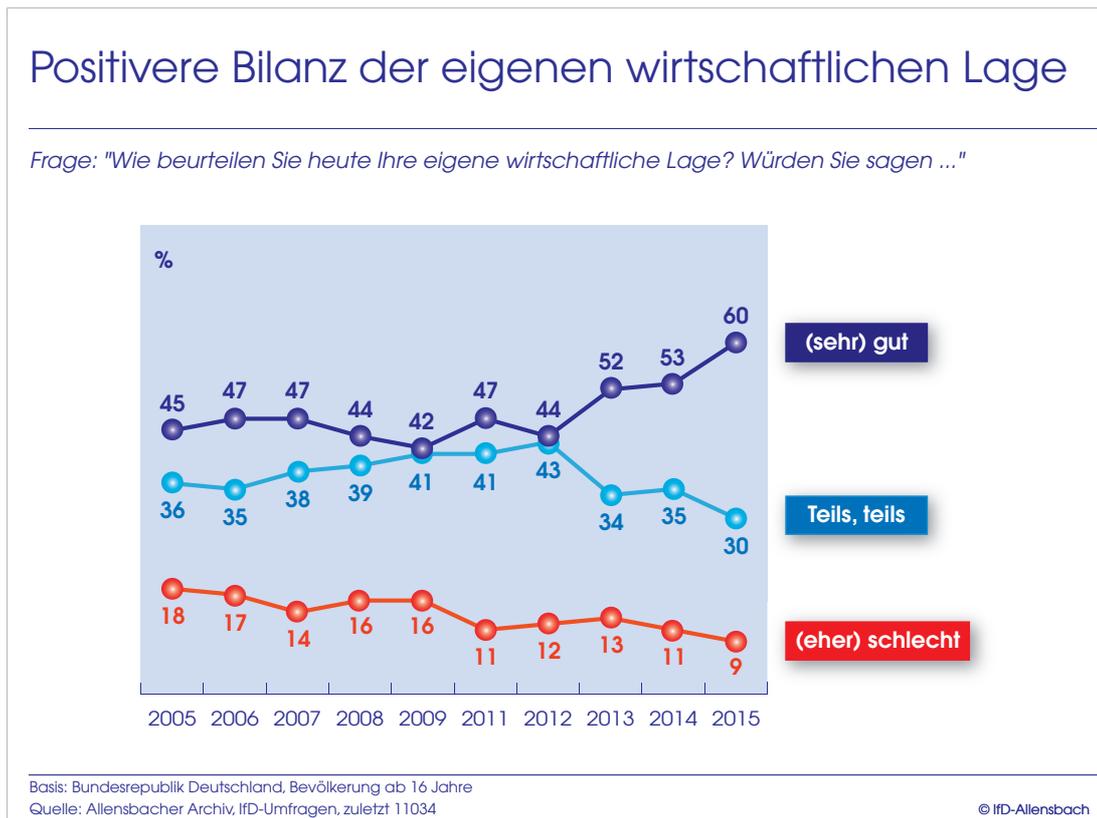
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Beschäftigte in der Privatwirtschaft  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen, zuletzt 11034

© IFD-Allensbach

Auch die eigene wirtschaftliche Lage wird von den Bürgern immer besser bewertet. Die robuste Situation auf dem Arbeitsmarkt in Verbindung mit den Lohnabschlüssen der letzten Jahre und dem Rückgang der Energiepreise verbessern zunehmend die finanzielle Lage vieler Haushalte. Schon 2013 und 2014 zog erstmals eine absolute Mehrheit eine positive Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage; dieser Anteil hat sich in den letzten Monaten noch einmal signifikant erhöht. Zurzeit bewerten 60 Prozent der Bürger ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut, 30 Prozent

als teilweise gut, teilweise schlecht und lediglich 9 Prozent als überwiegend ungünstig. Dies ist über die letzten zehn Jahre hinweg mit Abstand die positivste Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse.

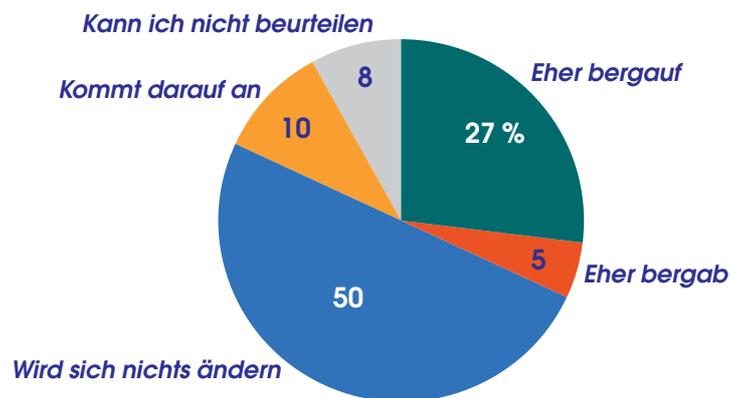
Schaubild 4



Für die nächste Zeit rechnen die Bürger auch nicht damit, dass sich ihr unmittelbares ökonomisches Umfeld ungünstig entwickeln könnte. So befürchten lediglich knapp 5 Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft, dass sich die Geschäftsentwicklung ihres Unternehmens eintrüben könnte. 50 Prozent rechnen mit einer stabilen Situation, 27 Prozent mit einer weiteren Verbesserung der Auftragslage ihres Arbeitgebers. Berücksichtigt man die weit überwiegend positive Bewertung der aktuellen Situation der Unternehmen durch die Beschäftigten, so ist dies eine außerordentlich positive Zukunftsprognose.

## Nur wenige sind in Bezug auf die Zukunft des eigenen Unternehmens pessimistisch

Frage: "Wie sehen Sie die Geschäftsentwicklung in Ihrer Firma, in Ihrem Betrieb? Glauben Sie, dass es mit Ihrem Betrieb in den nächsten sechs Monaten wirtschaftlich eher bergauf oder eher bergab gehen wird, oder wird sich da nichts ändern?"

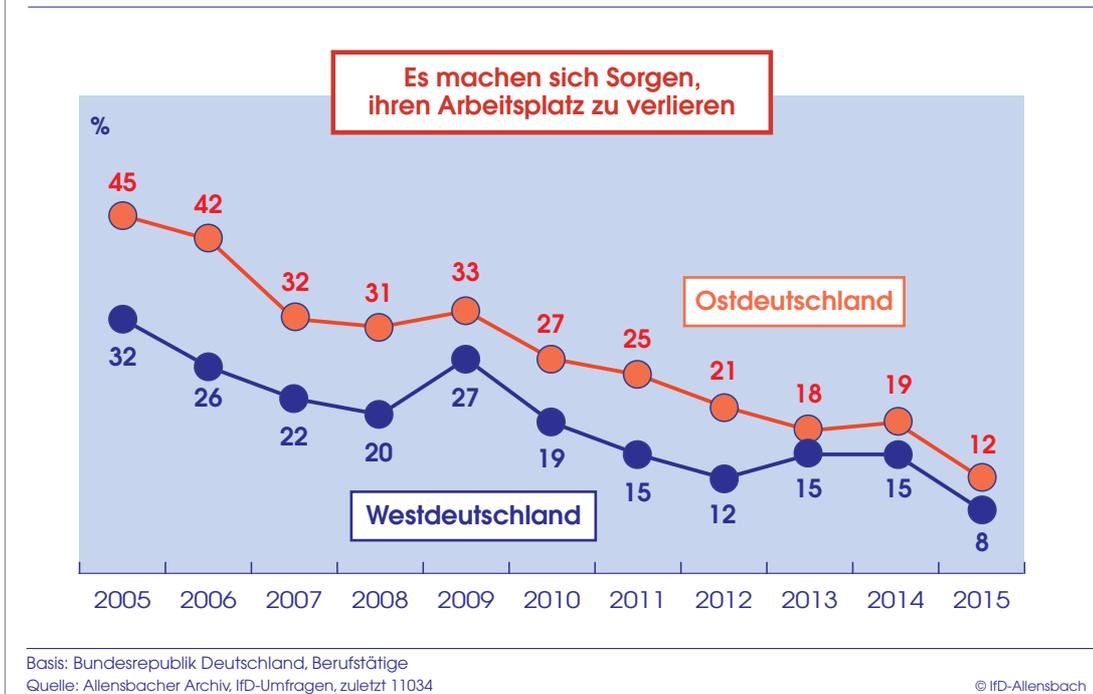


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Beschäftigte in der Privatwirtschaft  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11034

© IfD-Allensbach

Die positive Einschätzung der Auftragslage des eigenen Unternehmens drückt sich auch in den ausgesprochen niedrigen Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes aus. Diese Sorgen sind aktuell auf einem Tiefpunkt angekommen. Nur noch 8 Prozent der Berufstätigen in Westdeutschland und 12 Prozent in Ostdeutschland machen sich Sorgen, sie könnten in den nächsten Monaten ihren Arbeitsplatz verlieren. Vor zehn Jahren lag dieser Anteil in Westdeutschland bei 32 Prozent, in Ostdeutschland sogar bei 45 Prozent. Es ist besonders erfreulich, dass die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz nicht nur flächendeckend zurückgegangen sind, sondern dass sie heute in Ostdeutschland nur noch wenig größer sind als in Westdeutschland.

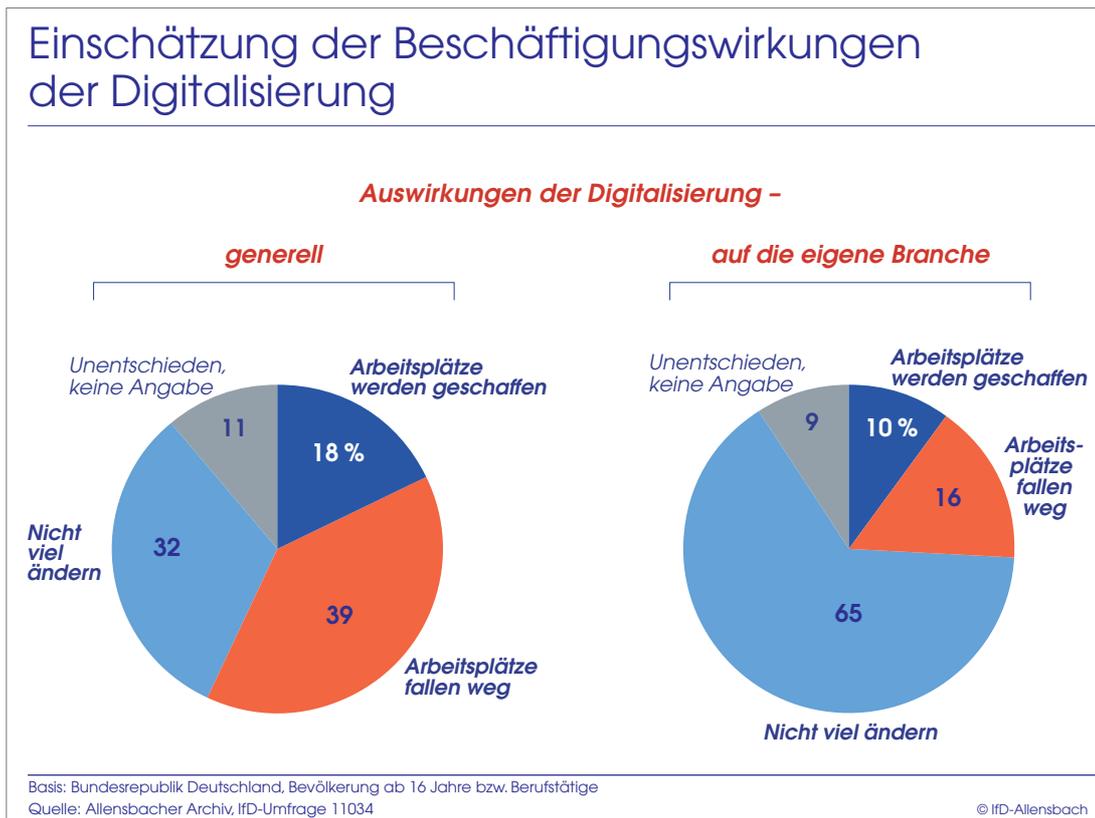
## Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes in Ost und West auf einem Tiefpunkt



Auch machtvolle Trends, die zurzeit die Wirtschaft und auch die Perspektiven einzelner Berufsgruppen stark verändern, beunruhigen die Bürger vor diesem Hintergrund nur wenig. Das gilt auch für die Digitalisierung, mit der die Bürger eher Rationalisierungen und den Verlust von Arbeitsplätzen assoziieren als Chancen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Lediglich 18 Prozent der Bevölkerung erwarten, dass durch die Vernetzung überwiegend zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden, während 39 Prozent davon ausgehen, dass die Digitalisierung mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue schafft. Für die eigene Branche schätzen die Beschäftigten das Risiko jedoch schon wesentlich geringer ein. Lediglich 15 Prozent befürchten, dass in der eigenen Branche durch die Digitalisierung Arbeitsplätze verloren gehen können, während 10 Prozent überwiegend positive Beschäftigungseffekte erwarten. Die große Mehrheit geht davon aus, dass dieser

gravierende Trend die Beschäftigungssituation in der eigenen Branche nicht nennenswert beeinflussen wird.

Schaubild 7



Die entspannte Grundstimmung der großen Mehrheit prägt auch die Einschätzung der Zukunftsaussichten der jungen Generation. Die überwältigende Mehrheit der Bürger ist überzeugt, dass die Generation der Unter-30-Jährigen in Deutschland im Großen und Ganzen gute Zukunftsperspektiven hat. Schon 2013 waren davon 61 Prozent der Bevölkerung überzeugt, jetzt 73 Prozent. Der Anteil, der in Bezug auf die Zukunftsperspektiven der jungen Generation eher pessimistisch gestimmt ist, hat sich in den letzten zwei Jahren von 34 auf 18 Prozent fast halbiert. Es gibt nur

wenige Länder in der EU, in denen die Zukunftsperspektiven der jungen Generation zurzeit vergleichbar positiv eingeschätzt werden wie in Deutschland.

Schaubild 8

### Bessere Zukunftsperspektiven

*Frage: "Wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten der jüngeren Generation, also der Generation der Unter-30-Jährigen hier in Deutschland ein? Hat diese Generation Ihrer Meinung nach sehr gute, einigermaßen gute, eher schlechte oder sehr schlechte Zukunftsaussichten?"*

	2013	2015
	%	%
<b>Sehr gute</b>	<b>8</b>	<b>14</b>
<b>Einigermaßen gute</b>	<b>53</b>	<b>59</b>
<b>Eher schlechte</b>	<b>30</b>	<b>17</b>
<b>Sehr schlechte</b>	<b>4</b>	<b>1</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>5</b>	<b>9</b>
	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11018, 11034

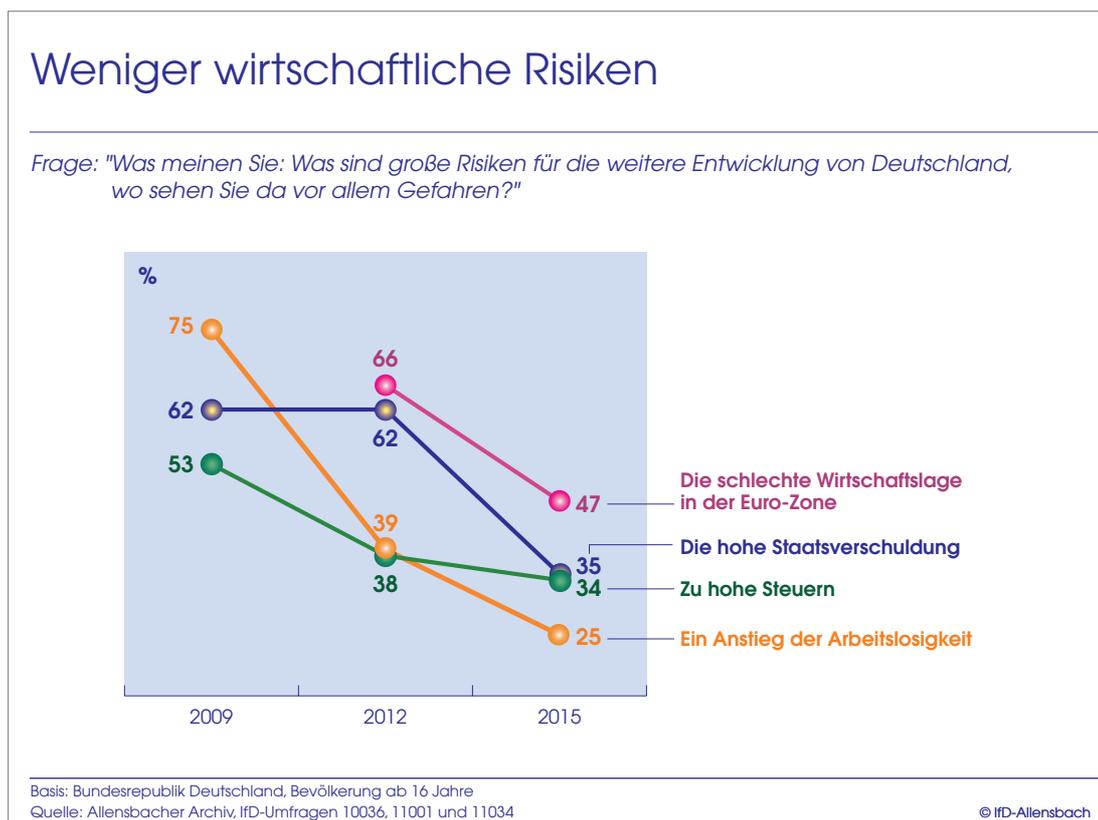
© IfD-Allensbach

Durch die seit Jahren robuste Konjunktur und die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage vieler Unternehmen, privater Haushalte und der Staatsfinanzen haben sich wirtschaftliche Sorgen in der Bevölkerung in einem ganz umfassenden Sinne zurückgebildet. Das gilt für Sorgen über die wirtschaftliche Lage in der Euro-Zone wie für den Arbeitsmarkt, die Belastung durch Steuern und die Staatverschuldung. Vor drei Jahren stuften noch 66 Prozent die wirtschaftliche Lage in der Euro-Zone als Risiko für die weitere Entwicklung Deutschlands ein, jetzt noch 47 Prozent. Die Sorgen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes hatten sich schon in den Jahren

zuvor gravierend zurückgebildet. So hielten 2009 noch 75 Prozent der Bevölkerung einen Anstieg der Arbeitslosigkeit für ein großes Risiko für die weitere Entwicklung Deutschlands, vor drei Jahren noch 39 Prozent, jetzt lediglich noch 25 Prozent. Im selben längeren Zeitraum hat sich auch die Einschätzung, dass hohe Steuerlasten ein großes Risiko für die Entwicklung des Landes darstellen, von 53 auf 34 Prozent zurückgebildet.

Besonders steil ist in den letzten drei Jahren die Sorge zurückgegangen, dass die Staatsfinanzen zu einem Risiko für die Zukunft des Landes werden könnten. Vor drei Jahren waren davon noch 62 Prozent der Bürger überzeugt, jetzt 35 Prozent.

Schaubild 9



Die Risiken für Deutschland werden heute von der Bevölkerung weitaus weniger bei Konjunktur, Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen verortet als bei der inneren und äußeren Sicherheit, der demografischen Entwicklung und der sozialen Differenzierung. 68 Prozent sehen in wachsenden Unterschieden zwischen den sozialen Schichten ein großes Risiko, 64 Prozent in radikalen und terroristischen Gruppierungen, 51 Prozent in dem Konflikt mit Russland und der Ukraine. Die Alterung der Gesellschaft stufen 58 Prozent als großes Risiko für das Land ein.

Am wenigsten Sorgen machen sich die Bürger über den Verfall des Ölpreises und die Sicherheit der Energieversorgung. So sehen lediglich 6 Prozent in dem niedrigen Ölpreis ein Risiko; 17 Prozent halten Engpässe in der Energieversorgung für ein Risiko, 26 Prozent die Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland.

Auch die niedrigen Zinsen, die es an sich für weite Kreise der Bevölkerung fast unmöglich machen, bei ihrer Vermögensbildung auch nur einen Inflationsausgleich zu schaffen, beunruhigt die große Mehrheit nicht sonderlich. Während die meisten wirtschaftlichen Experten diese Entwicklung außerordentlich kritisch sehen, halten lediglich 26 Prozent der Bevölkerung die niedrigen Zinsen für riskant.

## Risikoeinschätzung

Frage: "Was meinen Sie: Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland, wo sehen Sie da vor allem Gefahren?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11034

© IfD-Allensbach

## POSITIVERE EINSCHÄTZUNG DER STAATSFINANZEN

Dass es gelungen ist, einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen, beeindruckt und beruhigt die Bürger. Vor drei Jahren war noch die Mehrheit über die Staatsverschuldung stark beunruhigt; seither hat sich dieser Kreis von 59 auf 28 Prozent verringert. Die Mehrheit macht sich heute nur wenig oder gar keine Sorgen über die Staatsfinanzen.

Schaubild 11

Weniger Sorgen über die Staatsverschuldung		
<i>Frage: "Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands? Würden Sie sagen ..."</i>		
	2012	2015
	%	%
<b>"sehr stark"</b>	<b>19</b>	<b>5</b>
<b>"stark"</b>	<b>40</b>	<b>23</b>
<b>"weniger stark"</b>	<b>30</b>	<b>46</b>
<b>"kaum, gar nicht"</b>	<b>7</b>	<b>18</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>4</b>	<b>8</b>
	<i>100</i>	<i>100</i>

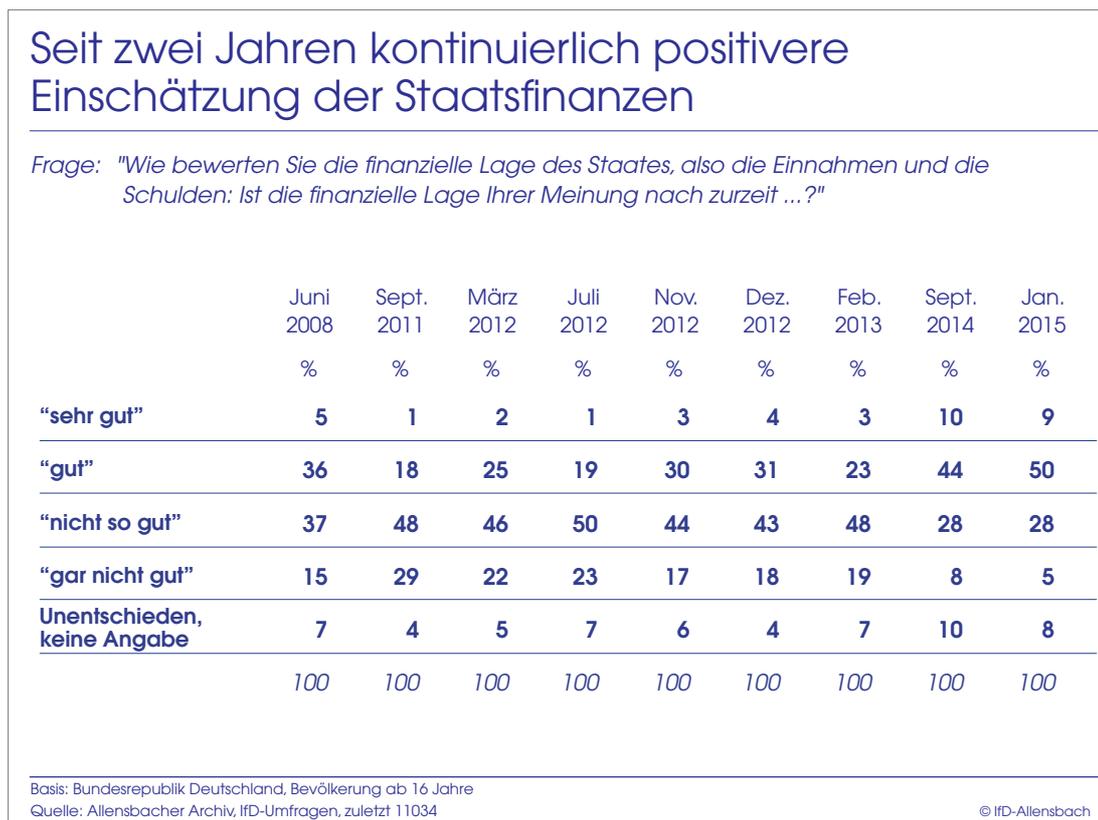
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 11001, 11034

© IFD-Allensbach

Die finanzielle Situation des Staates wird seit zwei Jahren kontinuierlich besser eingeschätzt. Anfang 2013 hielten lediglich 26 Prozent die Lage der Staatsfinanzen für gut oder sehr gut, im letzten Jahr 54 Prozent aktuell 59 Prozent. Auch der Langzeittrend belegt, dass die derzeitige Einschätzung der Staatsfinanzen weitaus

besser ausfällt als in den Jahren zuvor. Dies deckt sich mit der faktischen Entwicklung, die sich nach dem Verschuldungsschub im Zuge der deutschen Einheit Anfang des letzten Jahrzehnts in der Phase der Wachstumsschwäche wieder deutlich verbessert hat.

Schaubild 12



Die große Mehrheit der Bürger führt die bessere Situation der Staatsfinanzen keineswegs ausschließlich auf die robuste Konjunktur und die entsprechend sprudelnden Steuereinnahmen zurück, sondern gibt durchaus auch der Bundesregierung Kredit für die Entwicklung. Vor zwei Jahren hatten erst 33 Prozent der Bürger den Eindruck, dass sich die Bundesregierung erfolgreich um eine Reduktion der Neuverschuldung bemüht, Mitte letzten Jahres 50 Prozent, aktuell 64 Prozent.

## Wachsende Anerkennung für die Finanzpolitik

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie erfolgreich bemüht sich die Bundesregierung darum, die Neuverschuldung zu reduzieren, also deutlich weniger neue Schulden aufzunehmen? Würden Sie sagen ...?"

	März 2012	Juli 2012	Nov. 2012	Dez. 2012	Feb. 2013	Sept. 2014	Jan. 2015
	%	%	%	%	%	%	%
<b>"sehr erfolgreich"</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>16</b>
<b>"einigermaßen erfolgreich"</b>	<b>33</b>	<b>32</b>	<b>32</b>	<b>29</b>	<b>31</b>	<b>45</b>	<b>48</b>
<b>"nicht sehr erfolgreich"</b>	<b>44</b>	<b>45</b>	<b>43</b>	<b>47</b>	<b>44</b>	<b>30</b>	<b>19</b>
<b>"gar nicht erfolgreich"</b>	<b>14</b>	<b>14</b>	<b>15</b>	<b>15</b>	<b>13</b>	<b>7</b>	<b>4</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>7</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>10</b>	<b>13</b>	<b>13</b>
	100	100	100	100	100	100	100

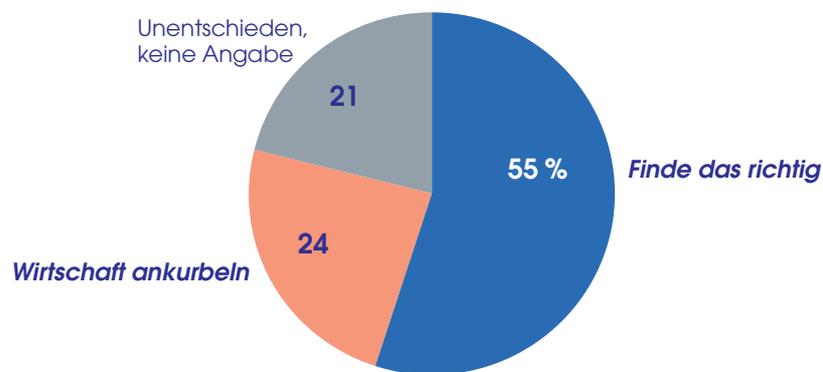
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11034

© IfD-Allensbach

Die Mehrheit der Bevölkerung steht auch hinter dem Kurs der Bundesregierung, an dem Ziel des ausgeglichenen Haushalts auch künftig festzuhalten. 55 Prozent der Bürger halten diese Linie für richtig, lediglich 24 Prozent votieren dafür, dass die Bundesregierung stattdessen verstärkt investieren sollte – auch um den Preis neuer Schulden.

## Breiter Rückhalt für den finanzpolitischen Kurs der Regierung

Frage: "Deutschland wird voraussichtlich in diesem Jahr zum ersten Mal seit langer Zeit keine neuen Schulden aufnehmen. Finden Sie es richtig, dass die Bundesregierung so viel Wert darauf legt, dass Deutschland 2015 ohne neuen Schulden auskommt, oder sollte die Bundesregierung eher die Wirtschaft durch Investitionen ankurbeln, auch wenn man dafür neue Schulden aufnehmen muss?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11034

© IfD-Allensbach

Die Mehrheit hat allerdings Zweifel, ob es mittel- und langfristig gelingen wird, immer einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Lediglich 28 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass die Vorgaben der Schuldenbremse, die ab dem Jahr 2016 greifen wird, immer eingehalten werden. 51 Prozent halten die feste Vorgabe, dass ab 2016 kaum noch neue Schulden aufgenommen werden dürfen, für nicht realistisch. Damit ist die Skepsis zwar geringer als noch vor einigen Jahren, aber nach wie vor auf hohem Niveau.

## Skepsis in Bezug auf die Einhaltung der Schuldenbremse

Frage: "Die Schuldenbremse im Grundgesetz schreibt vor, dass der Bund ab dem Jahr 2016 kaum mehr neue Schulden aufnehmen darf. Halten Sie es für realistisch, dass der Bund diese Vorgaben einhält, oder halten Sie das nicht für realistisch?"

	Okt./Nov. 2012	Dez. 2012	Jan. 2015
	%	%	%
<b>Realistisch</b>	<b>21</b>	<b>18</b>	<b>28</b>
<b>Nicht realistisch</b>	<b>55</b>	<b>60</b>	<b>51</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>24</b>	<b>22</b>	<b>21</b>
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen 10099, 11001 und 11034

© IFD-Allensbach

Diese Skepsis hat zum einem damit zu tun, dass den Bürgern durchaus bewusst ist, dass eine längere konjunkturelle Schwächephase auch für die Staatsfinanzen eine völlig andere Situation schaffen würde, aber auch mit der Überzeugung, dass es wichtige politische Aufgaben gibt, die erhebliche Ausgaben erfordern. Auf der einen Seite gibt es durchaus Bereiche, wo die große Mehrheit der Bevölkerung dafür plädiert, dass der Staat verstärkt sparen sollte; dies gilt vor allem für die staatliche Verwaltung, die Ausgaben für Beamte und deren Pensionen und die Förderung der neuen Bundesländer.

Auf der anderen Seite gibt es jedoch mehrere Politikfelder, bei denen sich die Bevölkerung heute weitaus mehr als noch vor einigen Jahren gegen Einsparungen ausspricht. Das gilt insbesondere für die Ausstattung der Bundeswehr, aber auch für

Maßnahmen zur Integration von Ausländern, für die Entwicklungshilfe und für Infrastrukturausgaben. Die internationalen Krisenherde und der Zustrom von Zuwanderern und Asylsuchenden beeindrucken die Bevölkerung; viele ziehen daraus die Schlussfolgerung, dass der Staat auf diesen Feldern seine Anstrengungen verstärken muss, um die Herausforderungen zu bewältigen. Noch vor drei Jahren plädierten 67 Prozent der Bevölkerung dafür, bei der Ausstattung der Bundeswehr den Rotstift anzusetzen; heute teilen nur noch 42 Prozent diese Auffassung. Das Plädoyer, bei Integrationsmaßnahmen Einsparungen vorzunehmen, ist von 49 auf 32 Prozent zurückgegangen, die Forderung, die Entwicklungshilfe zu kürzen, von 57 auf 48 Prozent.

In Bezug auf den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur war schon vor drei Jahren nur eine Minderheit der Bevölkerung für Sparmaßnahmen. Dieser Anteil hat sich in den letzten drei Jahren jedoch nochmals signifikant zurückgebildet, von 26 auf 18 Prozent.

Schaubild 16

### Die Bürger fordern in mehreren Politikfeldern weniger Einsparungen

*Frage: "Es wird ja immer wieder verlangt, dass der Staat sparen soll. Aber darüber, in welchen Bereichen gespart werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen. Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Dinge, für die der Staat Geld ausgibt. Wenn Sie jetzt einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat sparen, oder hier sollte er auf keinen Fall sparen."*

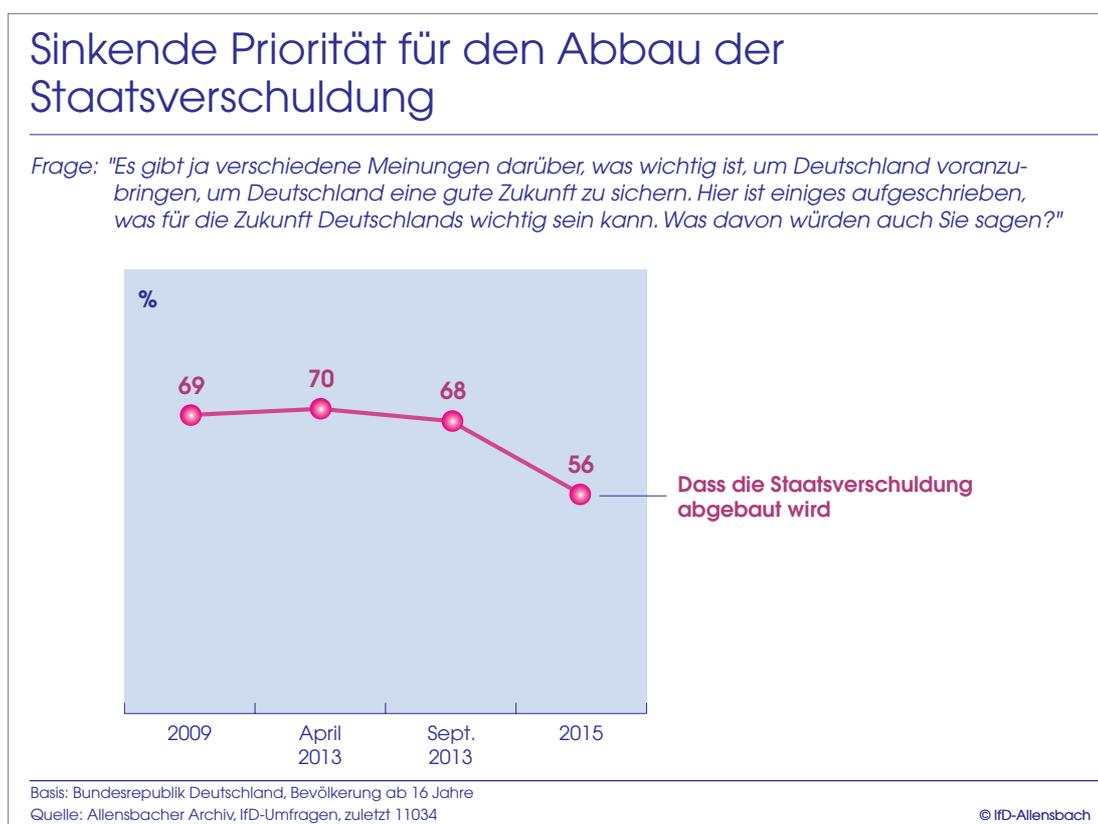
<b>Hier sollte der Staat sparen</b>	2012 %	2015 %
Staatliche Verwaltung	<b>88</b>	<b>83</b>
Ausgaben für Beamte und deren Pension	<b>79</b>	<b>75</b>
Förderung der neuen Bundesländer	<b>66</b>	<b>71</b>
Entwicklungshilfe	<b>57</b>	<b>48</b>
Ausstattung der Bundeswehr	<b>67</b>	<b>42</b>
Maßnahmen zur Integration, Eingliederung von Ausländern	<b>49</b>	<b>32</b>
Ausbau von Verkehrswegen wie Straßen, Bahnstrecken usw.	<b>26</b>	<b>18</b>
Ausstattung der Polizei	<b>16</b>	<b>11</b>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11001, 11034

© IfD-Allensbach

Die Entwicklung der Staatsfinanzen trägt allerdings ebenfalls dazu bei, dass Einsparungen auf vielen Politikfeldern für weniger dringlich gehalten werden. So ist auch generell die Überzeugung zurückgegangen, dass es für die Zukunft Deutschlands wichtig ist, dass die Staatsverschuldung sukzessive abgebaut wird. Über die letzten Jahre hinweg waren immer um die 70 Prozent der Bevölkerung davon überzeugt, aktuell sind es 56 Prozent.

Schaubild 17



Bei der Bewertung der Staatsverschuldung machen die Bürger allerdings einen gravierenden Unterschied zwischen der Entwicklung auf Bundesebene und der finanziellen Lage der Städte und Gemeinden. In Bezug auf die meisten Kommunen ist die überwältigende Mehrheit der Bürger überzeugt, dass ihre finanzielle Lage ungünstig bis prekär ist. Lediglich 14 Prozent halten die finanzielle Lage der meisten

Städte und Gemeinden für gut, 53 Prozent für nicht sonderlich gut und 26 Prozent sogar für ausgesprochen schlecht. Tendenziell hat sich allerdings auch hier das Urteil verbessert. Der Anteil der Bürger, der die finanzielle Lage der meisten Kommunen als ausgesprochen schlecht einstuft, hat sich in den letzten drei Jahren von 33 auf 26 Prozent vermindert.

Schaubild 18

Ungünstige Einschätzung der finanziellen Lage der meisten Kommunen		
<i>Frage: "Was schätzen Sie: Wie ist die finanzielle Lage der meisten Städte und Gemeinden in Deutschland? Geht es den meisten Städten und Gemeinden in Deutschland finanziell ..."</i>		
	2012	2015
	%	%
<b>"sehr gut"</b>	<b>1</b>	<b>x</b>
<b>"gut"</b>	<b>15</b>	<b>14</b>
<b>"nicht so gut"</b>	<b>44</b>	<b>53</b>
<b>"gar nicht gut"</b>	<b>33</b>	<b>26</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>7</b>	<b>7</b>
	<i>100</i>	<i>100</i>
x = weniger als 0,5 Prozent		
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre		
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11001, 11034		
© IfD-Allensbach		

Diese tendenzielle Verbesserung hat auch damit zu tun, dass ein Teil der Bürger den Eindruck hat, dass sich die Lage der eigenen Kommune verbessert. Vor 15 Jahren hielten lediglich 24 Prozent die Lage der eigenen Stadt bzw. Gemeinde für gut oder sehr gut, 2012 waren es 26 Prozent, aktuell sind es 30 Prozent.

## Tendenziell günstigere Einschätzung der finanziellen Lage der eigenen Kommune

Frage: "Wenn Sie einmal an Ihre eigene Stadt/Gemeinde denken: Wie ist deren finanzielle Lage, also die Einnahmen und die Schulden? Ist die finanzielle Lage Ihrer Stadt/Gemeinde ..."

	1993	2000	2012	2015
	%	%	%	%
<b>"sehr gut"</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>5</b>
<b>"gut"</b>	<b>19</b>	<b>21</b>	<b>22</b>	<b>25</b>
<b>"nicht so gut"</b>	<b>32</b>	<b>31</b>	<b>40</b>	<b>40</b>
<b>"gar nicht gut"</b>	<b>20</b>	<b>18</b>	<b>22</b>	<b>19</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>27</b>	<b>27</b>	<b>12</b>	<b>11</b>
	100	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11034

© IfD-Allensbach

Die zunehmend differenziertere Einschätzung der finanziellen Lage der eigenen Kommune deckt sich mit der sehr unterschiedlichen Situation der Kommunen in Deutschland. Bedingt durch regionale Wanderbewegungen, die Wirtschaftsstruktur, aber auch eine sehr unterschiedlich erfolgreiche Haushaltspolitik der Kommunen, gibt es einerseits zunehmend Kommunen mit einer positiven Haushaltsbilanz, andererseits Kommunen mit kontinuierlich hoher oder sogar wachsender Verschuldung.

## EMOTIONSLOSE HALTUNG ZU DER VISION DES GREXIT

Die Situation in der Euro-Zone wurde in der aktuellen Untersuchung nur am Rande gestreift. Dabei zeigt sich jedoch eine bemerkenswerte Kühle der Bevölkerung. Die täglichen Schlagzeilen über die Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der Euro-Zone haben das Meinungsbild der Bevölkerung zu einem Grexit praktisch nicht verändert. Seit Jahren ist das Meinungsbild hier völlig ambivalent. Gut ein Drittel der Bevölkerung ist überzeugt, dass ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone für die weitere Entwicklung der Euro-Zone keine gravierenden Auswirkungen hätte; 23 Prozent glauben, dass ein Grexit die Euro-Zone voranbringen würde, während ebenso viele ein Ausscheiden Griechenlands für schädlich halten. Dieses Meinungsbild ist praktisch deckungsgleich mit dem Urteil der Bürger Anfang Januar wie auch vor drei Jahren. Bisher gibt es wenig Anzeichen, dass das Agieren Griechenlands in der deutschen Bevölkerung zu starken Emotionen führt und zu dem Wunsch, Griechenland möglichst rasch aus der Euro-Zone zu verabschieden.

Schaubild 20

Bemerkenswert stabile Bewertung eines Grexit				
<i>Frage: "Einmal angenommen, Griechenland scheidet aus der Euro-Zone aus: Glauben Sie, das wäre gut für die weitere Entwicklung der Euro-Zone, oder wäre das eher schädlich, oder würde sich dadurch nicht viel ändern?"</i>				
	2012	2013	Jan. 2015	Feb. 2015
	%	%	%	%
<b>Wäre gut</b>	<b>25</b>	<b>29</b>	<b>22</b>	<b>23</b>
<b>Wäre schädlich</b>	<b>22</b>	<b>25</b>	<b>23</b>	<b>23</b>
<b>Nicht viel ändern</b>	<b>37</b>	<b>33</b>	<b>36</b>	<b>37</b>
<b>Unentschieden, keine Angabe</b>	<b>16</b>	<b>13</b>	<b>19</b>	<b>17</b>
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen, zuletzt 11036

© IFD-Allensbach

Auch die Einschätzung, wieweit Deutschland von dem Euro wirtschaftlich profitiert, hat sich in den letzten zwei Jahren nicht gravierend verändert. 2011, unter dem Eindruck der Eskalation der Krise in der Euro-Zone, waren 40 Prozent der Bürger überzeugt, dass Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen würde. 2013 glaubten dies 31 Prozent, aktuell 26 Prozent. Nur jeder Vierte ist überzeugt, dass Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich weniger erfolgreich wäre. Es ist bemerkenswert, wie stabil sich hier die Einschätzung der Bevölkerung von Befragungen von Unternehmern und Managern unterscheidet, die mit überwältigender Mehrheit den Wert des Euro für die deutsche Wirtschaft betonen.

Schaubild 21

Die Bedeutung des Euro für die Wirtschaft				
<i>Frage: "Wie sehen Sie das: Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"</i>				
	2011	2013	2014	2015
	%	%	%	%
<b>Würde besser dastehen</b>	<b>40</b>	<b>31</b>	<b>22</b>	<b>26</b>
<b>Würde schlechter dastehen</b>	<b>15</b>	<b>25</b>	<b>24</b>	<b>25</b>
<b>Genauso gut</b>	<b>29</b>	<b>22</b>	<b>33</b>	<b>26</b>
<b>Unentschieden, weiß nicht</b>	<b>16</b>	<b>22</b>	<b>21</b>	<b>23</b>
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

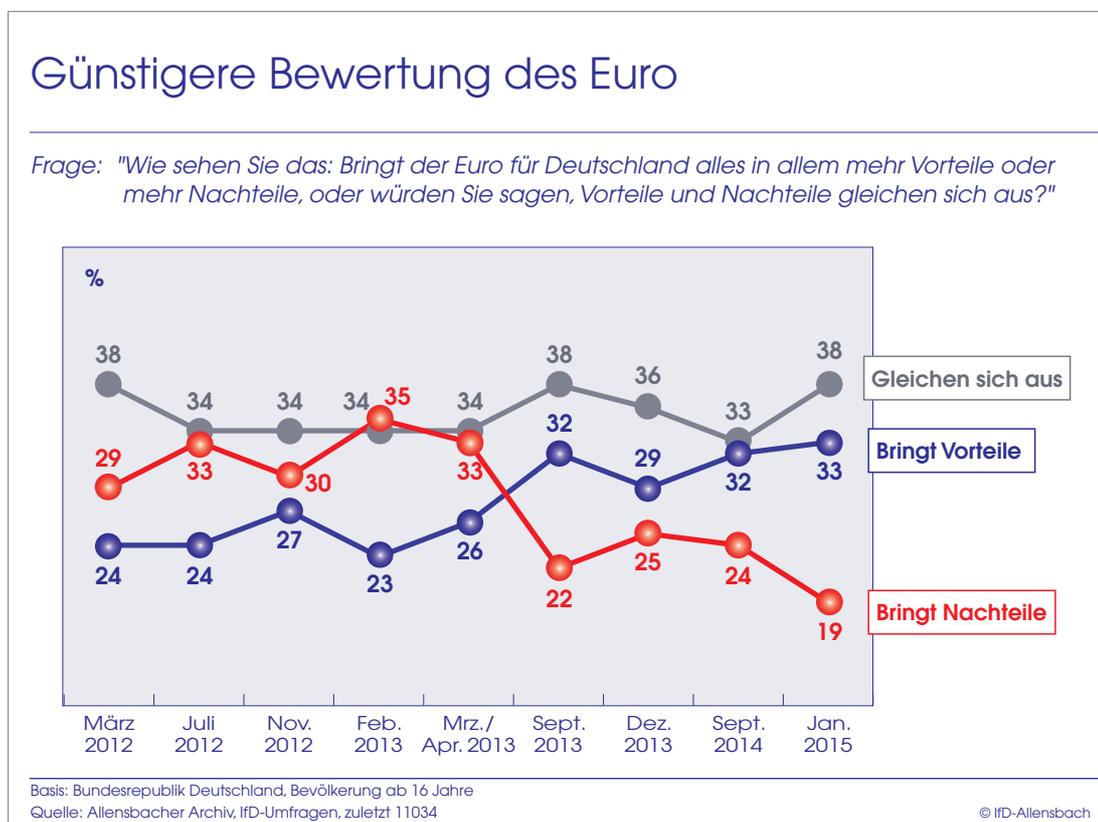
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11034

© IfD-Allensbach

Die Frage, ob der Euro für Deutschland insgesamt mehr Vorteile oder mehr Nachteile mit sich bringt, zeigt noch deutlicher, dass die Entspannung der Situation

in der Euro-Zone über die letzten Jahre die Bürger zunehmend beruhigt. Noch vor drei Jahren waren 35 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass der Euro alles in allem für Deutschland überwiegend Nachteile mit sich bringt. Im Verlauf des Jahres 2013 ging dieser Anteil auf 25 Prozent zurück und liegt jetzt noch bei 19 Prozent. 33 Prozent verbinden den Euro überwiegend mit Vorteilen für Deutschland, 38 Prozent sind überzeugt, dass sich Vor- und Nachteile weitgehend ausgleichen. Insgesamt belegen diese Trendentwicklungen, dass die Situation in der Euro-Zone die Bürger zurzeit nicht sonderlich beunruhigt.

Schaubild 22



Allensbach am Bodensee,  
am 17. Februar 2015

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

**TABELLEN-TEIL**

## TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Fragetextes ausgewiesen.

### Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

### Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

### Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

### Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

# TABELLEN

## **Wirtschaftliche Situation**













## **Arbeitsmarktsituation**













**Staatsverschuldung und  
Schuldenbremse**





ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 27)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		BERUFS- TÄTIGE
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	
Basis	1455	1087	368	708	747	242	302	402	509	767	688	816
STAATLICHE VERWALTUNG.....	82.7	82.7	82.9	84.8	80.8	78.4	84.1	85.4	82.0	83.1	82.4	84.7
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	80.3	79.9	82.3	80.4	80.2	79.8	77.6	81.4	81.4	76.8	83.9	79.1
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	75.0	72.7	85.3	75.5	74.7	76.0	75.3	78.7	71.3	70.6	79.5	76.8
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	70.5	80.6	26.4	69.4	71.5	69.6	66.9	73.4	70.9	70.1	70.9	70.0
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	63.9	64.3	62.1	68.5	59.5	64.8	64.4	65.6	61.5	64.9	62.9	66.1
ENTWICKLUNGSHILFE...	48.4	47.9	50.4	51.3	45.5	45.5	45.5	50.8	49.7	45.1	51.6	48.7
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	41.7	39.8	49.8	39.4	43.9	44.4	38.1	41.5	42.8	39.2	44.2	40.0
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	36.7	36.9	35.9	39.8	33.9	41.6	36.1	33.6	37.1	32.4	41.0	34.8
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	35.3	37.9	23.9	39.2	31.7	38.6	34.2	38.0	32.1	31.2	39.4	37.2
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	32.4	29.4	45.4	32.9	32.0	31.2	27.0	32.7	36.3	27.8	36.9	29.2
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	22.7	20.9	30.7	25.8	19.9	19.6	22.5	24.2	23.3	23.8	21.7	23.2



ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 27)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	ANHÄNGER DER -						EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			BEZÜGLICH 2015		FINANZ. LAGE DES STAATES		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	(SEHR) GUT	ES GEHT	(EHER) SCHLECHT	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT
Basis	561	381	38	249	102	79	858	446	133	787	492	851	401	81
STAATLICHE VERWALTUNG.....	82.4	80.7	88.4	88.3	77.8	91.1	81.8	83.6	88.1	81.1	86.3	82.8	82.9	73.7
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	83.0	80.0	72.5	73.7	76.4	92.8	78.7	80.9	89.5	79.4	83.4	76.9	86.7	85.8
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	73.4	73.4	75.4	77.4	81.8	82.4	73.0	75.4	88.3	74.0	78.4	74.0	76.3	75.4
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	74.0	71.1	77.6	70.6	48.6	68.0	70.9	70.7	66.6	71.1	68.8	70.0	71.6	74.6
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	61.0	66.6	74.6	63.5	69.3	65.9	64.3	59.2	76.6	62.0	65.0	64.8	63.4	63.4
ENTWICKLUNGSHILFE...	51.2	44.1	59.2	35.9	46.6	81.1	47.7	48.4	52.9	48.9	48.5	46.4	49.7	57.7
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	34.1	44.1	35.7	51.1	62.6	37.3	39.0	43.1	52.7	41.5	41.4	41.8	40.4	46.5
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	45.7	35.1	40.8	20.7	19.2	44.2	38.4	33.3	37.2	38.2	35.3	35.5	37.7	42.8
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	41.5	31.4	46.8	23.9	21.3	49.8	35.1	36.2	33.6	34.5	36.9	32.8	38.5	38.4
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	32.8	27.2	44.5	19.9	33.3	74.9	28.7	35.5	47.1	28.0	38.0	27.3	39.3	53.1
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	22.7	24.4	30.9	12.9	21.4	37.8	21.2	26.1	21.2	21.0	25.9	22.1	24.1	26.8



ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 27)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		BERUFS- TÄTIGE
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	
Basis	1455	1087	368	708	747	242	302	402	509	767	688	816
STAATLICHE VERWALTUNG.....	10.9	10.8	11.3	10.1	11.6	9.7	9.8	10.0	13.0	11.9	10.0	9.2
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	12.1	12.5	10.4	12.6	11.6	10.4	12.8	12.7	12.1	14.9	9.3	12.5
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	18.0	20.0	9.2	18.2	17.8	16.4	15.9	15.3	22.4	22.1	13.9	15.8
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	20.2	11.3	59.3	21.1	19.4	21.1	20.4	18.3	21.3	19.0	21.5	19.6
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	23.5	23.6	23.4	20.4	26.5	22.6	24.0	23.1	24.1	23.9	23.2	22.7
ENTWICKLUNGSHILFE...	41.4	42.9	34.9	39.3	43.4	46.3	43.6	38.7	39.7	45.2	37.7	41.2
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	49.0	51.1	40.1	52.7	45.6	48.8	52.9	50.4	45.5	52.0	46.0	51.3
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	52.4	53.2	49.0	49.5	55.1	48.6	53.6	54.4	52.1	55.9	49.0	53.6
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	55.6	52.3	70.1	51.2	59.8	52.6	55.4	54.7	58.2	60.6	50.7	54.2
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	57.6	61.7	40.1	57.5	57.8	58.3	61.2	59.8	53.2	63.3	52.1	60.9
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	69.6	72.4	57.6	67.4	71.7	73.8	70.6	68.5	67.6	69.2	70.0	69.9



ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 27)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	ANHÄNGER DER -						EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			BEZÜGLICH 2015		FINANZ. LAGE DES STAATES		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	(SEHR) GUT	ES GEHT	(EHER) SCHLECHT	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT
Basis	561	381	38	249	102	79	858	446	133	787	492	851	401	81
STAATLICHE VERWALTUNG.....	11.3	12.7	11.6	5.4	14.2	7.1	12.2	9.0	6.4	12.2	9.8	11.9	8.0	21.0
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	10.6	12.5	17.8	17.1	8.8	6.3	14.3	9.6	7.4	13.8	9.0	15.2	7.1	11.4
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	19.7	19.5	19.3	16.6	7.3	11.6	21.1	15.2	6.9	18.8	16.2	19.2	16.0	23.6
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	18.8	18.7	11.9	16.9	34.1	28.9	20.2	20.2	21.8	20.5	20.8	20.9	18.3	20.3
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	26.6	22.9	16.2	23.4	13.3	18.3	23.3	26.6	16.0	26.7	22.6	23.3	24.4	27.4
ENTWICKLUNGSHILFE...	37.6	44.9	38.8	55.0	41.7	15.1	42.9	40.6	35.7	41.4	41.2	43.6	38.9	39.2
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	57.0	47.2	58.3	38.2	17.4	61.4	52.6	47.0	34.6	50.1	48.8	48.7	50.9	51.5
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	42.2	56.5	47.6	66.4	68.0	47.8	49.7	56.8	56.8	50.7	54.5	53.5	51.0	53.9
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	49.9	62.2	44.2	68.7	63.3	35.2	57.8	53.7	48.8	55.7	57.5	57.8	53.0	59.4
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	56.6	60.7	50.0	73.6	56.4	18.1	61.7	53.4	44.6	63.1	50.0	63.8	49.1	42.1
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	68.7	67.9	65.1	82.4	73.3	55.0	72.2	64.1	72.0	73.2	66.2	70.7	68.6	68.5







**Euro**





## **Zukunftsaussichten**

HALBGRUPPE A..... 726

WAS MEINEN SIE: WAS SIND GROSSE RISIKEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND, WO SEHEN SIE DA VOR ALLEM GEFAHREN?  
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 3/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		BERUFS- TÄTIGE
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	
Basis	726	537	189	355	371	120	153	199	254	373	353	408
DASS D. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH IMMER GRÖßER WERDEN.....	68.0	67.9	68.7	65.5	70.4	58.9	64.9	72.2	71.5	68.6	67.4	65.0
RADIKALE UND TERRORISTISCHE GRUPPIERUNGEN.....	64.0	66.1	54.7	59.1	68.7	57.4	55.1	63.4	73.9	61.8	66.2	60.2
DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, DASS DER ANTEIL ÄLTERER MENSCHEN IMMER GRÖßER WIRD.....	58.0	56.6	64.0	59.4	56.6	52.8	59.7	61.0	57.2	60.2	55.8	61.1
DER KONFLIKT MIT RUSSLAND UM DIE UKRAINE.....	50.9	50.7	51.6	50.3	51.4	38.5	42.7	53.7	60.5	53.7	48.0	46.2
DIE SCHLECHTE WIRTSCHAFTSLAGE IN DER EURO-ZONE....	46.6	45.0	53.4	50.8	42.6	39.8	36.8	55.6	49.0	49.2	44.0	46.5
DER FACHKRÄFTEMANGEL IN EINIGEN BRANCHEN	45.2	45.8	42.4	45.3	45.1	37.8	43.9	48.7	47.1	53.4	37.1	46.6
DIE NIEDRIGE GEBURTENRATE, DASS BEI UNS ZU WENIG KINDER GEBOREN WERDEN.....	45.1	45.6	43.1	45.5	44.8	35.2	38.2	45.2	55.0	49.0	41.4	42.9
DIE MÄNGEL IN UNSEREM BILDUNGS- SYSTEM.....	42.2	42.2	42.1	37.9	46.2	38.9	38.9	46.2	42.6	48.4	36.1	42.6
DASS DER ISLAMISCHE EINFLUSS ZU GROSS WIRD.....	40.6	41.4	37.0	37.7	43.3	35.1	35.6	41.2	46.4	37.3	43.9	37.0
DIE HOHE ZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND....	39.0	38.3	42.3	35.1	42.7	35.1	34.4	36.6	46.2	29.0	48.8	34.2
DIE KLIMAERWÄRMUNG..	36.3	39.2	23.5	33.0	39.3	32.6	35.0	36.0	39.4	40.0	32.7	37.8



HALBGRUPPE A..... 726

WAS MEINEN SIE: WAS SIND GROSSE RISIKEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND, WO SEHEN SIE DA VOR ALLEM GEFAHREN?  
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 3/A)

	ANHÄNGER DER -						EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			BEZÜGLICH 2015		FINANZ. LAGE DES STAATES		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	(SEHR) GUT	ES GEHT	(EHER) SCHLECHT	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT
Basis	281	182	20	128	48	42	454	204	61	405	235	413	212	50
DASS D. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH IMMER GRÖßER WERDEN.....	60.9	70.4	70.1	78.2	78.9	57.5	65.5	71.3	77.5	64.1	72.8	69.0	67.4	77.4
RADIKALE UND TERRORISTISCHE GRUPPIERUNGEN.....	69.3	63.8	53.3	52.1	56.8	70.6	62.7	67.0	63.9	62.1	67.5	65.4	63.6	65.5
DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, DASS DER ANTEIL ÄLTERER MENSCHEN IMMER GRÖßER WIRD.....	55.7	62.5	61.4	59.4	63.8	49.1	61.8	52.5	47.6	56.4	59.0	63.1	52.4	51.3
DER KONFLIKT MIT RUSSLAND UM DIE UKRAINE.....	52.5	48.3	41.5	54.4	53.9	48.8	53.4	47.3	45.8	46.5	57.7	51.6	48.4	50.4
DIE SCHLECHTE WIRTSCHAFTSLAGE IN DER EURO-ZONE....	48.5	45.1	38.7	39.6	57.3	46.6	47.8	44.3	50.0	45.1	51.8	44.7	47.8	55.9
DER FACHKRÄFTEMANGEL IN EINIGEN BRANCHEN	47.4	49.7	40.7	49.2	28.3	24.2	49.8	36.6	36.9	48.4	41.0	47.6	43.0	40.6
DIE NIEDRIGE GEBURTENRATE, DASS BEI UNS ZU WENIG KINDER GEBOREN WERDEN.....	43.2	51.7	43.7	41.5	44.8	43.9	47.4	42.6	36.7	46.9	41.7	47.9	45.7	39.7
DIE MÄNGEL IN UNSEREM BILDUNGS- SYSTEM.....	34.9	42.7	17.9	56.5	62.1	41.9	44.3	44.0	22.0	42.3	41.3	45.3	40.7	39.1
DASS DER ISLAMISCHE EINFLUSS ZU GROSS WIRD.....	50.3	33.6	35.0	24.8	26.6	59.3	38.1	42.2	56.2	37.7	47.0	37.2	42.4	66.3
DIE HOHE ZUWANDERUNG NACH DEUTSCHLAND....	43.3	32.9	43.5	28.6	27.8	70.7	35.0	43.6	57.7	34.4	48.3	36.5	38.6	63.0
DIE KLIMAERWÄRMUNG..	37.2	43.9	20.9	37.5	16.7	19.6	37.0	36.1	32.7	35.6	37.1	41.0	30.0	40.4



HALBGRUPPE B..... 729

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE)  
 (FRAGE 3/B)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		BERUFS- TÄTIGE
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	
Basis	729	550	179	353	376	122	149	203	255	394	335	408
EIN HERVORRAGENDES BILDUNGSSYSTEM.....	85.7	86.8	81.0	86.5	85.0	84.8	85.4	83.6	88.2	88.3	83.1	84.3
DASS WIR QUALIFI- ZIERTE FACHKRÄFTE AUSBILDEN.....	84.6	84.4	85.6	86.1	83.2	84.6	78.4	88.1	85.6	89.0	80.2	85.5
DASS WIR EINE STARKE INDUSTRIE HABEN.....	68.9	68.2	71.7	74.0	64.0	54.4	65.5	73.2	75.2	71.5	66.2	66.0
DASS WIR UNSEREN STANDARD AN SOZIALER ABSICHERUNG ERHALTEN	67.1	68.2	62.3	64.4	69.8	60.3	66.2	70.0	69.1	69.6	64.7	65.0
DASS IN DEUTSCHLAND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GEFÖR- DERT WERDEN.....	66.8	67.1	65.2	69.7	64.0	66.1	63.4	66.0	69.9	75.6	57.9	65.1
DASS DIE ENERGIE- VERSORGUNG LANG- FRISTIG GESICHERT IST.....	66.6	67.5	62.6	67.8	65.5	58.8	64.9	66.0	72.5	72.5	60.7	66.8
DASS DEUTSCHLAND WEITERHIN VIELE WAREN INS AUSLAND EXPORTIERT.....	59.4	60.3	55.5	66.9	52.3	58.8	55.3	59.2	62.6	62.5	56.3	59.2
DASS DIE KRISE IN DER EURO-ZONE BEWÄLTIGT WIRD.....	59.3	60.4	54.4	58.6	59.9	51.0	56.3	59.5	65.4	66.4	52.0	55.5
DASS AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND MÖGLICHSST GUT INTEGRIERT WERDEN...	58.4	60.3	50.0	59.7	57.1	61.4	60.8	57.7	55.7	69.5	47.1	59.6
DASS LEUTE, DIE VIEL LEISTEN, AUCH VIEL VERDIENEN KÖNNEN....	57.0	57.1	56.3	61.5	52.7	58.0	52.4	57.2	59.2	55.2	58.8	53.5

HALBGRUPPE B..... 729

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE)  
 (FRAGE 3/B)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		BERUFS- TÄTIGE
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT	
Basis	729	550	179	353	376	122	149	203	255	394	335	408
DASS DIE STAATS- VERSCHULDUNG ABGEBAUT WIRD.....	55.8	54.8	59.9	55.4	56.2	42.6	56.9	58.1	60.3	59.7	51.8	53.8
SO GERINGE SOZIALE UNTERSCHIEDE WIE MÖGLICH.....	54.1	54.5	52.6	53.7	54.5	53.8	55.2	54.0	53.7	55.7	52.5	54.5
DASS D. UMWELTSCHUTZ GEFÖRDERT WIRD.....	54.0	55.9	45.4	50.1	57.6	64.8	57.8	48.1	50.5	56.6	51.3	56.2
DASS DIE VERKEHRS- INFRASTRUKTUR VERBESSERT BZW. AUSGEBAUT WIRD, Z.B. DIE STRASSEN, DAS SCHIENENNETZ USW. ..	50.6	51.6	46.0	54.4	47.0	44.3	51.6	49.6	54.2	57.0	44.1	48.9
NIEDRIGE STEUERN....	44.6	44.1	46.7	43.9	45.2	43.5	45.0	43.3	46.1	39.0	50.3	43.7
DASS DIE SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME REFORMIERT WERDEN...	43.6	42.0	50.7	39.8	47.2	37.3	42.3	49.5	43.1	46.5	40.7	44.4
DASS IN DEUTSCHLAND FLÄCHENDECKEND SCHNELLES INTERNET ZUR VERFÜGUNG STEHT	40.7	42.7	31.9	45.7	36.0	54.6	46.2	40.0	30.1	43.3	38.1	44.5
DASS LEITUNGSNETZE FÜR DIE ENERGIEVER- SORGUNG AUSGEBAUT WERDEN.....	38.8	39.6	35.4	44.7	33.3	34.0	38.2	38.9	41.9	48.6	29.0	37.8
DASS QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE AUS DEM AUSLAND NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	33.6	34.6	29.0	36.7	30.6	30.8	33.1	37.9	31.8	39.6	27.6	33.2
DASS DER STAAT SICH MÖGLICHS WENIG IN DIE WIRTSCHAFT EINSCHALTET.....	18.8	19.9	13.7	20.9	16.7	13.3	17.2	17.7	23.6	20.6	16.9	17.0



HALBGRUPPE B..... 729

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE)  
 (FRAGE 3/B)

	ANHÄNGER DER -						EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			BEZÜGLICH 2015		FINANZ. LAGE DES STAATES		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	(SEHR) GUT	ES GEHT	(EHER) SCHLECHT	HÖFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT
Basis	280	199	18	121	54	37	404	242	72	382	257	438	189	31
EIN HERVORRAGENDES BILDUNGSSYSTEM.....	86.2	89.1	83.6	88.3	82.9	64.7	89.3	84.2	70.5	88.0	81.5	87.5	84.2	90.2
DASS WIR QUALIFI- ZIERTE FACHKRÄFTE AUSBILDEN.....	87.6	80.8	95.8	84.9	76.4	89.4	87.4	83.4	76.0	87.3	82.7	85.7	84.7	93.9
DASS WIR EINE STARKE INDUSTRIE HABEN.....	77.7	67.7	54.3	55.6	50.9	64.7	70.3	71.0	54.4	67.5	72.3	70.4	73.2	56.8
DASS WIR UNSEREN STANDARD AN SOZIALER ABSICHERUNG ERHALTEN	66.2	68.7	63.6	66.7	54.5	79.5	64.8	72.1	63.9	65.3	73.0	68.8	65.2	64.1
DASS IN DEUTSCHLAND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GEFÖR- DERT WERDEN.....	68.8	65.8	76.4	71.2	68.7	46.1	73.3	63.3	42.0	69.3	63.8	70.8	60.7	89.2
DASS DIE ENERGIE- VERSORGUNG LANG- FRISTIG GESICHERT IST.....	67.9	62.4	74.7	69.2	69.1	68.5	69.9	64.1	56.3	67.2	67.1	70.9	59.5	75.6
DASS DEUTSCHLAND WEITERHIN VIELE WAREN INS AUSLAND EXPORTIERT.....	64.8	60.6	56.3	46.0	50.5	64.8	61.4	58.8	52.7	61.0	56.8	62.7	55.5	67.7
DASS DIE KRISE IN DER EURO-ZONE BEWÄLTIGT WIRD.....	64.8	61.5	62.4	47.3	47.8	53.4	64.3	54.1	44.8	60.6	60.0	61.8	56.9	67.4
DASS AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND MÖGLICHSST GUT INTEGRIERT WERDEN...	60.5	59.7	57.5	65.1	65.4	13.8	61.4	56.1	49.6	63.7	52.8	65.0	52.0	51.3
DASS LEUTE, DIE VIEL LEISTEN, AUCH VIEL VERDIENEN KÖNNEN....	67.7	46.4	63.4	48.9	32.0	67.5	59.3	54.5	53.0	61.8	53.0	56.3	59.2	64.0

HALBGRUPPE B..... 729

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE)  
 (FRAGE 3/B)

	ANHÄNGER DER -						EIG. WIRTSCHAFTL. LAGE			BEZÜGLICH 2015		FINANZ. LAGE DES STAATES		
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	(SEHR) GUT	ES GEHT	(EHER) SCHLECHT	HÖFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT
Basis	280	199	18	121	54	37	404	242	72	382	257	438	189	31
DASS DIE STAATS- VERSCHULDUNG ABGEBAUT WIRD.....	63.3	53.2	40.7	51.4	30.4	60.2	57.8	54.6	48.2	58.2	58.8	52.6	65.5	69.1
SO GERINGE SOZIALE UNTERSCHIEDE WIE MÖGLICH.....	48.7	57.6	35.9	57.1	54.4	71.1	50.7	57.6	63.6	55.9	49.6	54.5	55.4	46.7
DASS D. UMWELTSCHUTZ GEFÖRDERT WIRD.....	49.8	48.9	30.8	74.5	69.3	40.3	56.3	51.3	52.6	56.0	53.9	57.0	49.8	46.4
DASS DIE VERKEHRS- INFRASTRUKTUR VERBESSERT BZW. AUSGEBAUT WIRD, Z.B. DIE STRASSEN, DAS SCHIENENNETZ USW. ..	54.6	50.3	48.4	43.5	41.8	47.4	52.0	52.9	38.6	49.3	53.8	53.6	50.6	42.1
NIEDRIGE STEUERN....	42.2	40.4	71.6	40.0	33.3	72.8	39.4	50.5	48.7	43.3	46.6	40.6	49.4	53.1
DASS DIE SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME REFORMIERT WERDEN...	44.4	38.8	47.6	44.3	42.0	53.6	45.5	41.5	42.3	42.5	50.0	43.1	44.7	34.8
DASS IN DEUTSCHLAND FLÄCHENDECKEND SCHNELLES INTERNET ZUR VERFÜGUNG STEHT	35.9	43.6	21.7	49.9	41.0	48.5	41.8	39.1	37.7	46.2	32.4	42.6	32.5	31.2
DASS LEITUNGSNETZE FÜR DIE ENERGIEVER- SORGUNG AUSGEBAUT WERDEN.....	43.9	37.4	48.3	32.7	43.1	20.7	43.3	38.0	17.1	40.3	36.7	42.7	35.1	25.9
DASS QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE AUS DEM AUSLAND NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	35.9	34.4	51.8	32.9	25.1	19.4	36.8	31.5	23.0	39.5	26.0	39.5	25.2	24.9
DASS DER STAAT SICH MÖGLICHS WENIG IN DIE WIRTSCHAFT EINSCHALTET.....	26.1	9.5	21.7	9.2	6.5	40.2	20.6	15.2	18.0	20.1	19.1	21.6	16.8	2.5







## **ANHANG**

**Untersuchungsdaten**

**Statistik der befragten Personengruppe**

**Fragebogenauszug mit Anlagen**

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	537	189	726	Personen
B	550	179	729	Personen
Insgesamt	1087	368	1455	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 410 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 9. bis 23. Januar 2015 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.034

## STATISTIK

**der in der Umfrage 11.034 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)  
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Januar 2015			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<b><u>REGIONALE VERTEILUNG</u></b>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	9	9	9	9
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<b><u>WOHNORTGRÖSSE</u></b>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<b><u>GESCHLECHT</u></b>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<b><u>ALTER</u></b>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	22	22	22	22
45 - 59 Jahre	27	27	27	27
60 Jahre und älter	33	33	33	33
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(\*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

## STATISTIK

**der in der Umfrage 11.034 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)  
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Januar 2015			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<b><u>BERUFSTÄTIGKEIT</u></b>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	60	61	61
Nichterwerbspersonen	39	40	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<b><u>BERUFSSKREISE (**)</u></b>				
Arbeiter	15	16	14	15
Angestellte	36	34	37	36
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	7	7
Nichterwerbspersonen	39	40	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<b><u>FAMILIENSTAND</u></b>				
Verheiratet	53	53	53	53
- Männer	27	27	27	27
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	16	16	16	16
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<b><u>HAUSHALTSGRÖSSE</u></b>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	23	23	23	23
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	18	18	18	18
- 4 Personen	15	14	15	14
- 5 und mehr Personen	4	5	4	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(\*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2012

(\*\*) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

# INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung  
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der  
Hauptbefragung 11034  
Januar 2015

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

1. "Eine Frage zum neuen Jahr:  
T Sehen Sie dem Jahr 2015 mit Hoffnungen oder  
Befürchtungen entgegen?"  
(Bei Rückfragen: 'Allgemein oder persönlich' folgt der  
Hinweis: "Je nachdem, was Sie zurzeit mehr beschäftigt!")

MIT HOFFNUNGEN ..... 1  
MIT BEFÜRCHTUNGEN ..... 2  
MIT SKEPSIS ..... 3  
UNENTSCHIEDEN ..... 4

2. "Zur wirtschaftlichen Lage:  
T Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung:  
Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den  
nächsten 6 Monaten eher bergauf oder eher bergab  
geht?"

EHER BERGAUF ..... 1  
EHER BERGAB ..... 2  
WEDER NOCH, GLEICH BLEIBEN ..... 3  
UNENTSCHIEDEN ..... 4

## In der repräsentativen Halbgruppe A:

3. INTERVIEWER überreicht **blaue** Liste 1 !

t "Was meinen Sie:  
Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland, wo sehen Sie da  
vor allem Gefahren?" (Alles Genannte einkreisen!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /  
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

NICHTS DAVON ..... X  
KEINE ANGABE ..... Y

## In der repräsentativen Halbgruppe B:

3. INTERVIEWER überreicht **blaue** Liste 1 !

t "Es gibt ja verschiedene Meinungen darüber, was wichtig ist, um Deutschland voranzubringen, um  
Deutschland eine gute Zukunft zu sichern. Hier ist einiges aufgeschrieben, was für die Zukunft  
Deutschlands wichtig sein kann. Was davon würden auch Sie sagen?"  
(Alles Genannte einkreisen! - Mehrere Angaben möglich!)

/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /  
/ 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /

NICHTS DAVON ..... X

4. "Wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten der jüngeren  
T Generation, also der Generation der Unter-30-Jährigen  
hier in Deutschland ein: Hat diese Generation Ihrer  
Meinung nach sehr gute, einigermaßen gute, eher  
schlechte oder sehr schlechte Zukunftsaussichten?"

SEHR GUTE ..... 1  
EINIGERMASSEN GUTE ..... 2  
EHER SCHLECHTE ..... 3  
SEHR SCHLECHTE ..... 4  
UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 5

### Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

5. T	"Finden Sie, dass die Verhältnisse in Deutschland heute Anlass zur Beunruhigung bieten, oder finden Sie das nicht?"	BIETEN ANLASS ..... 1 BIETEN KEINEN ANLASS ..... 2 WEISS NICHT ..... 3
6. T	"Nun zur finanziellen Lage Deutschlands: Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit..."	"sehr gut" ..... 1 "gut" ..... 2 "nicht so gut" ..... 3 "gar nicht gut" ..... 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 5
7. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Wie erfolgreich bemüht sich die Bundesregierung darum, die Neuverschuldung zu reduzieren, also deutlich weniger neue Schulden aufzunehmen? Würden Sie sagen ..."	"sehr erfolgreich" ..... 1 "einigermaßen erfolgreich" ..... 2 "nicht sehr erfolgreich" ..... 3 "gar nicht erfolgreich" ..... 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 5
8. T	"Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands? Würden Sie sagen..."	"sehr stark" ..... 1 "stark" ..... 2 "weniger stark" ..... 3 "kaum, gar nicht" ..... 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 5
9. t	INTERVIEWER überreicht <span style="border: 1px solid black; padding: 2px;">graues</span> Kartenspiel und <b>grünes</b> Bildblatt 2 ! "Es wird ja immer wieder verlangt, dass der Staat sparen soll. Aber darüber, in welchen Bereichen gespart werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen. Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Dinge, für die der Staat Geld ausgibt. Wenn Sie jetzt einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat sparen, oder hier sollte er auf keinen Fall sparen. Wo Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie die Karten bitte einfach beiseite." (Jeweils Zutreffendes einkreisen!)	
	SPAREN:	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 / / 21 / 22 /
	AUF KEINEN FALL SPAREN:	/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 / / 21 / 22 /
10. a) T	"Was schätzen Sie: Wie ist die finanzielle Lage der meisten Städte und Gemeinden in Deutschland? Geht es den meisten Städten und Gemeinden in Deutschland finanziell ..."	"sehr gut" ..... 1 "gut" ..... 2 "nicht so gut" ..... 3 "gar nicht gut" ..... 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 5
b)	"Wenn Sie einmal an Ihre eigene Stadt/Gemeinde denken, wie ist deren finanzielle Lage, also die Einnahmen und die Schulden? Ist die finanzielle Lage Ihrer Stadt/Gemeinde ..."	"sehr gut" ..... 1 "gut" ..... 2 "nicht so gut" ..... 3 "gar nicht gut" ..... 4 WEISS NICHT ..... 5
11. T	"Die Schuldenbremse im Grundgesetz schreibt vor, dass der Bund ab dem Jahr 2016 kaum mehr neue Schulden aufnehmen darf. Halten Sie es für realistisch, dass der Bund diese Vorgabe einhält, oder halten Sie das nicht für realistisch?"	REALISTISCH ..... 1 NICHT REALISTISCH ..... 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 3

12.	"Deutschland wird voraussichtlich in diesem Jahr zum ersten Mal seit langer Zeit keine neuen Schulden aufnehmen. Finden Sie es richtig, dass die Bundesregierung so viel Wert darauf legt, dass Deutschland 2015 ohne neue Schulden auskommt, oder sollte die Bundesregierung eher die Wirtschaft durch Investitionen ankurbeln, auch wenn man dafür neue Schulden aufnehmen muss?"	FINDE DAS RICHTIG..... 1 WIRTSCHAFT ANKURBELN..... 2 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE .... 3
-----	---	---

**An späterer Stelle im Interview:**

13.	INFORMELL:	JA..... 1
T	Sind Sie berufstätig?	NEIN ..... 2**

\*\* Gleich übergehen zu Frage 17 !

14. a)	INFORMELL:	SELBSTÄNDIG, FREIBERUFLICH ..... 1
T	Sind Sie selbständig oder irgendwo beschäftigt als Arbeiter, Angestellter oder Beamter?	BESCHÄFTIGT ALS ARBEITER, ANGESTELLTER ..... 2 BEAMTER ..... 3**

\*\* Gleich übergehen zu Frage 17 !

b)	"Glauben Sie, dass Sie alles in allem einen sicheren Arbeitsplatz haben, oder machen Sie sich Sorgen, dass Sie ihn verlieren könnten?"	SICHEREN ARBEITSPLATZ ..... 4 SORGEN, IHN ZU VERLIEREN ..... 5 UNENTSCHEIDEN ..... 6
----	--	--

15. a)	INFORMELL:	PRIVATWIRTSCHAFT ..... 1
T	Arbeiten Sie in der Privatwirtschaft oder im Öffentlichen Dienst?	ÖFFENTLICHER DIENST ..... 2**

\*\* Gleich übergehen zu Frage 17 !

b)	"Wie gut geht es Ihrem Betrieb zurzeit? Würden Sie sagen ..."	"sehr gut" ..... 1 "gut" ..... 2 "einigermaßen" ..... 3 "sehr schwankend, mal gut, mal schlecht" ..... 4 "eher schlecht" ..... 5 "ganz schlecht" ..... 6 UNENTSCHEIDEN, WEISS NICHT ..... 7
----	---	--

16.	"Wie sehen Sie die Geschäftsentwicklung in Ihrer Firma, in Ihrem Betrieb? Glauben Sie, dass es mit Ihrem Betrieb in den nächsten 6 Monaten wirtschaftlich eher bergauf oder eher bergab gehen wird, oder wird sich da nichts ändern?"	EHER BERGAUF ..... 1 EHER BERGAB ..... 2 WIRD SICH NICHTS ÄNDERN ..... 3 KOMMT DARAUF AN ..... 4 KANN ICH NICHT BEURTEILEN ..... 5
-----	---	--

**In der repräsentativen Halbgruppe A:**

17.	"Eine Frage zum Euro: Bringt der Euro für Deutschland alles in allem mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, Vorteile und Nachteile gleichen sich aus?"	BRINGT VORTEILE ..... 1 BRINGT NACHTEILE ..... 2 GLEICHEN SICH AUS ..... 3 UNENTSCHEIDEN, KEINE ANGABE .... 4
-----	---	--

**In der repräsentativen Halbgruppe B:**

17.	"Eine Frage zum Euro: Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"	WÜRD E BESSER DASTEHE N ..... 1 WÜRD E SCHLECHTER DASTEHE N ..... 2 GENAUSO GUT ..... 3 UNENTSCHEIDEN, WEISS NICHT ..... 4
-----	--	---

**Nach einigen Zwischenfragen zu neutralen Themen:**

18.	"Zum Thema Internet und digitale Technologien: Computer, Internet und andere digitale Technologien spielen heutzutage ja eine immer größere Rolle. Glauben Sie, dass dadurch in Zukunft insgesamt eher Arbeitsplätze geschaffen werden, oder glauben Sie, dass dadurch eher Arbeitsplätze wegfallen, oder wird sich durch die zunehmende Digitalisierung an der Zahl der Arbeitsplätze nicht viel ändern?"	ARBEITSPLÄTZE GESCHAFFEN ..... 1 ARBEITSPLÄTZE WEGFALLEN..... 2 NICHT VIEL VERÄNDERN..... 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 4
<hr/>		
19.	INFORMELL: Sind Sie berufstätig?	JA ..... 1* NEIN ..... 2
	* "Und wie sehen Sie das speziell für Ihre Branche: Werden in Ihrer Branche durch die zunehmende Digitalisierung eher Arbeitsplätze geschaffen, oder fallen eher Arbeitsplätze weg, oder wird sich da nicht viel ändern?"	ARBEITSPLÄTZE GESCHAFFEN ..... 1 ARBEITSPLÄTZE FALLEN WEG..... 2 NICHT VIEL ÄNDERN ..... 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE .... 4
<hr/>		
20.	"Eine Frage zu Ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage?"	"Sehr gut" ..... 1 "Gut" ..... 2 "Teils gut, teils schlecht" ..... 3 "Eher schlecht" ..... 4 "Schlecht" ..... 5 WEISS NICHT, KEINE ANGABE ..... 6
<hr/>		

L I S T E 1

**Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland?**

- (1) Die hohe Staatsverschuldung
- (2) Die schlechte Wirtschaftslage in der Euro-Zone
- (3) Engpässe in der Energieversorgung
- (4) Die demografische Entwicklung, dass der Anteil älterer Menschen immer größer wird
- (5) Zu hohe Steuern
- (6) Die Mängel in unserem Bildungssystem
- (7) Der niedrige Ölpreis
- (8) Dass der islamische Einfluss zu groß wird
- (9) Die Klimaerwärmung
- (10) Der Konflikt mit Russland um die Ukraine
- (11) Die hohe Zuwanderung nach Deutschland
- (12) Dass Reformen nicht schnell genug vorankommen
- (13) Der Fachkräftemangel in einigen Branchen
- (14) Die niedrige Geburtenrate, dass bei uns zu wenig Kinder geboren werden
- (15) Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit
- (16) Die Abhängigkeit von Energielieferungen aus dem Ausland
- (17) Der Einbruch der russischen Wirtschaft
- (18) Die niedrigen Zinsen
- (19) Dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer werden
- (20) Radikale und terroristische Gruppierungen

L I S T E 1

- (1) Ein hervorragendes Bildungssystem
- (2) Dass qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland kommen
- (3) Dass die sozialen Sicherungssysteme reformiert werden
- (4) So geringe soziale Unterschiede wie möglich
- (5) Dass Leute, die viel leisten, auch viel verdienen können
- (6) Dass in Deutschland wissenschaftlicher Fortschritt und Innovationen gefördert werden
- (7) Dass der Staat sich möglichst wenig in die Wirtschaft einschaltet
- (8) Dass wir unseren Standard an sozialer Absicherung erhalten
- (9) Dass wir eine starke Industrie haben
- (10) Dass Ausländer in Deutschland möglichst gut integriert werden
- (11) Niedrige Steuern
- (12) Dass die Krise in der Euro-Zone bewältigt wird
- (13) Dass in Deutschland flächendeckend schnelles Internet zur Verfügung steht
- (14) Dass wir qualifizierte Fachkräfte ausbilden
- (15) Dass die Verkehrsinfrastruktur verbessert bzw. ausgebaut wird, die Straßen, das Schienennetz usw.
- (16) Dass der Umweltschutz gefördert wird
- (17) Dass Leitungsnetze für die Energieversorgung ausgebaut werden
- (18) Dass Deutschland weiterhin viele Waren ins Ausland exportiert
- (19) Dass die Energieversorgung langfristig gesichert ist
- (20) Dass die Staatsverschuldung abgebaut wird

BILDBLATT 2

---

**HIER SOLLTE DER  
STAAT SPAREN:**

---

**HIER SOLLTE DER STAAT  
AUF KEINEN FALL SPAREN:**

---

**Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war. Die Interviewer hatten den Befragten die Karten willkürlich geordnet in die Hand zu geben.**

1

**Kultureinrichtungen wie Theater, Museen**

1

2

**Ausstattung der Polizei**

2

3

**Maßnahmen zur Integration, Eingliederung von Ausländern**

3

4

**Umweltschutz**

4

5

**Ausstattung von Schulen**

5

6

**Arbeitslosenunterstützung, Hartz IV**

6

7

**Ausbau von Verkehrswegen wie Straßen, Bahnstrecken usw.**

7

8

**Forschungsförderung in den Bereichen Medizin, Technik usw.**

8

6

**Entwicklungshilfe**

9.

01

**Ausstattung der Bundeswehr**

10

11

**Öffentliche Einrichtungen  
wie Schwimmbäder,  
Büchereien usw.**

11

12

**Ausstattung der  
Universitäten**

12

13

**Förderung der neuen  
Bundesländer**

13

14

**Förderung von erneuerbaren  
Energien (Wind, Wasser,  
Sonne usw.)**

14

15

**Gesundheitswesen,  
Gesundheitssystem**

15

16

**Unterstützung von Familien  
mit Kindern**

16

17

Renten

17

81

Staatliche Verwaltung

18

19

Subventionen, staatliche Unterstützung von Wirtschaftszweigen, die alleine nicht lebensfähig sind

19

20

Unterstützung hochverschuldeter Euro-Länder

20

21

Ausgaben für Beamte und deren Pension

21

22

Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

22